

NFA-Zahlen: «Intransparent, irreführend, unvollständig»

Laut dem Komitee «Nein zur Bündner NFA» stellen die Regierung und der Grosse Rat der Bevölkerung «intransparente, irreführende und unvollständige Zahlen» zur Verfügung. Die Globalbilanz führe teilweise zu massiv falschen Schlüssen.

■ Von Marc Holdener

Vor zwei Wochen habe wir an dieser Stelle anhand der Globalfinanz Verlierer und Gewinner des Neuen Finanzausgleichs errechnet. Beispielsweise Domat/Ems. Die Gemeinde zählt anhand der Globalfinanz mit einem Plus von 860 000 Franken zu den Gewinnern. Letzte Woche hat nun aber das Komitee «Nein zur Bündner NFA» die Zahlen der Globalfinanz an den Pranger gestellt. Laut Berechnungen des Komitees hätte Domat/Ems mit der NFA nicht mehr, sondern satte 442 748 Franken weniger Geld zur Verfügung. In der Realität deutet alles darauf hin, dass der Gemeinde durch Einnahmeausfälle und Mehrkosten insbesondere im Sozialbereich umfangreiche neue finanzielle Lasten entstehen würden. Weiter seien bereits bekannte Belastungen, die auf die Gemeinden zukommen würden, in der Globalfinanz nicht berücksichtigt, behauptet das Komitee und ruft deshalb alle Gemeinden und Stimmbürger dazu auf, die Zahlen kritisch zu hinterfragen.

DAS KOMITEE

Das Komitee «Nein zur Bündner NFA» besteht aus 21 Verbänden und Organisationen: AvenirSocial Graubünden, Behindertenkonferenz Graubünden, Beratungs- und Rehabilitationsstelle für Blinde und Sehbehinderte des Kantons Graubünden, Bündner Logopädinnen und Logopäden BBL, Frauenzentrale Graubünden, Heilpädagogische Lehrpersonen Graubünden HLGR, Insieme Graubünden, Kindergartenlehrpersonen KGGR, Lehrpersonen Graubünden LEGR, Lehrpersonen der Sekundarstufe I Graubünden Sek I GR, Primarlehrpersonen Graubünden PGR, Pro Infirmis Graubünden, Procap Grischun – Bündner Behinderten-Verband, Rhythmik Schweiz, Schulbehördenverband Graubünden SBGR, SEV Gewerkschaft des Verkehrspersonals, SYNA Graubünden, Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Graubünden VSLGR, Verband der Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen VBHHL, Vereinigung Cerebral Graubünden, VPOD Grischun.

Steuergeschenke und Revisionen bei Sozialversicherung als zusätzliche Belastung

Weiter sagt das Komitee, dass die bereits beschlossene Steuergesetzrevision den Gemeinden jährlich Mittel in Höhe von rund 41 Millionen Franken entziehen werde. Zusätzlich würden laufende Gesetzesrevisionen (AHV, Arbeitslosenversicherung und Invalidenversicherung) weitere negative Auswirkungen auf die Gemeinden haben. Wie dramatisch dies sein kann, zeigt eine Studie des Bundesamtes für Sozialversicherung, nach welcher die verschärfte Praxis in der Invalidenversicherung dazu geführt hatte, dass ein Drittel der abgelehnten IV-Gesuche in der Sozialhilfe landete. Die Soziallasten, welche die Gemeinden infolge der Bündner NFA weitgehend alleine zu tragen hätten, würden in den nächsten Jahren markant ansteigen, so das Komitee.

Zusätzliche Kosten durch neues Schulgesetz

Aufgrund der Vernehmlassungsunterlagen zur Totalrevision des Bündner Volksschulgesetzes hätten die Bündner Gemeinden zudem weitreichende Mehrbelastungen zu tragen. Es seien dies Kosten für die Einführung von Blockzeiten, Tagesstrukturen sowie die Verlängerung der jährlichen Schulzeit. Dazu

kämen neue Kosten für bauliche Massnahmen, damit die Schulen für die Umsetzung von Blockzeiten und Tagesstrukturen auch über die entsprechende Infrastruktur wie Mittagstische verfügen.

Zudem würden für die Umsetzung des Sonderpädagogischen Konzepts in den kommenden Jahren einige Schulträgerschaften bauliche Massnahmen, Anschaffungen und Projektkosten tragen müssen. Erste Evaluationsergebnisse der Pilotgemeinden Davos und Thusis hätten ergeben, dass die Einführung der Integration nach einer Reduktion der Klassengrössen verlangt. All diese und weitere künftige Belastungen seien in der Bündner NFA nicht berücksichtigt.

«Gemeinden haben die Rechnung nicht gemacht»

«Viele Gemeinden haben keine saubere Rechnung gemacht. Obwohl klar ist, dass für sie wesentliche Einnahmen entfallen und stattdessen Mehrbelastungen auf sie zukommen werden, zeigen sich viele Gemeinden der Bündner NFA gegenüber unkritisch», schreibt das Komitee in einer Mitteilung. Alle gingen davon aus, dass schon stimmen werde, was berechnet worden sei. Kaum jemand versuche, dies nachzuvollziehen oder kritische Fragen zu stellen. Das Komitee warnt die Gemeinden und die Stimmbürger eindringlich davor, sich blind auf diese Zahlen und schöngefärbten Aussagen der Regierung zu verlassen.

Das Komitee will mit einem Nein zur Bündner NFA am 7. März 2010 die Politiker in die Schranken weisen und eine Verbesserung der Vorlage erzwingen.



Das Komitee «Nein zur Bündner NFA» (von links): Catrina Räber (Präsidentin Frauenzentrale), Fabio Cantoni (Präsident Lehrpersonen LEGR), Diego Farrer (Procap Grischun Geschäftsführer) und die Präsidentin des Schulbehördenverbandes Gabriela Aschwanden.

Bild Marco Hartmann